21. Einheitliches oder sachliches Zusammentreffen von Anstiftung zum schweren Hausfriedensbruch und Teilnahme am Landfriedensbruch?

IV. Straffenat. Urt. v. 13. April 1920 g. W. u. Gen. IV 896/19.

I. Landgericht Dresden.

Die Angeklagte R. ist wegen Anstiftung zum schweren Hausfriedensbruch und wegen Landfriedensbruchs auf Grund der §§ 124, 48, 125, 74 StGB. verurteilt. Sie hat einer Menschenmenge, die sich auf der Straße zusammengerottet hatte und zur Begehung von Plünderungen im allgemeinen bereit, aber unschlüssig war, wohin sie ziehen sollte, zugerufen: „Nach dem Konzerthause usw.“ Darauf hat sich die Menge und unter ihr die Angeklagte R. dorthin begeben, um Lebensmittel, und zwar, wenn Widerstand geleistet werden sollte, unter Anwendung von Gewalt, zu plündern; mehrere Teilnehmer sind unter Sprengung von Türen in das Konzerthaus eingedrungen, dann aber, ohne zu plündern, zur Menge zurückgekehrt.

Auf die Revision der Angeklagten R. wurde das Urteil hinsichtlich ihrer aufgehoben und die Sache insoweit an das Landgericht zurückverwiesen.

Aus den Gründen:

Die Beschwerde der Angeklagten R. über ihre Verurteilung wegen Anstiftung zum Vergehen gegen § 124 StGB. ist unbegründet. (Das wird ausgeführt.)

Der gegen sie festgestellte Sachverhalt erfüllt aber auch den Tatbestand des § 125 StGB. Das wird dadurch nicht in Frage gestellt, daß die Gewalttätigkeiten, die von der Menschenmenge begangen wurden, mit einem Eindringen in die Räumlichkeiten des Konzerthauses verbunden waren, sogar zum Teil den Zwecken des Eindringens dienten, und daß die Personen, die mit der Absicht der Verübung von Gewalttätigkeiten eindrangten, auch den Tatbestand des schweren Hausfriedensbruchs im Sinn des § 124 StGB. verwirklichten. Es tritt insoweit nur die rechtliche Folge ein, daß bei diesen Personen das Vergehen des schweren Hausfriedensbruchs mit dem des Landfriedensbruchs einheitlich nach § 73 StGB. zusammentrifft (RGSt. Bd. 37 S. 28). Soweit etwa aus dem Urteil des erkennenden Senats RGSt. Bd. 19 S. 72 eine hiervon abweichende Rechtsauffassung herzuleiten wäre, wird an ihr nicht festgehalten.

Dagegen kann dem Landgerichte nicht dahin zugestimmt werden, die Angeklagte R. habe durch mehrere selbständige Handlungen gegen die beiden Gesetzesbestimmungen verstoßen. Vielmehr liegt Tateinheit im Sinn von § 73 StGB. vor. Es handelt sich um eine Zusammenrottung, der sich die Angeklagte angeschlossen hatte, als sie

zum schweren Hausfriedensbruch anstiftete, und in der sie dann weiter verweilte. Beide Willensbetätigungen stehen hiernach in einem so engen inneren Zusammenhange, daß sie als eine natürliche Einheit anzusehen sind. Beide Tatbestände decken sich auch zum Teil. Denn die Teilnahme der Angeklagten an der Zusammenrottung wurde gerade dadurch im Sinn von § 125 strafbar, daß die zusammengerottete Menge zu dem gewalttätigen Eindringen und damit zum schweren Hausfriedensbruch im Sinn von § 124 erfolgreich angestiftet wurde. Dieses gewalttätige Eindringen, das hiernach die Anstiftung der Angeklagten zum Vergehen des § 124 rechtlich zur Vollendung kommen ließ, bildete aber zugleich ein wesentliches Tatbestandsmerkmal des Landfriedensbruchs. Beide Tatbestände treffen mithin insoweit zusammen. Damit sind die Merkmale des § 73 StGB. gegeben. . . .